

Für eine friedliche Kyritz-Ruppiner Heide!

Seit mehr als 16 Jahren kämpfen die Bürgerinitiativen in Nord-Brandenburg und Süd-Mecklenburg gemeinsam mit den örtlichen Volksvertretungen gegen die Fortsetzung des militärischen Übungsbetriebes auf dem ehemaligen Bombodrom der Roten Armee. Im folgenden sind unsere wesentlichsten Argumente für die friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide zusammengefaßt.

- Der geplante Luft-Boden-Schießplatz befindet sich in einer Heidelandschaft von einmaliger Schönheit und ist von ausgedehnten Wäldern und einer Seenlandschaft umgeben, die in Mitteleuropa nicht ihresgleichen finden. Da für eine leistungsfähige Industrie die Randbedingungen fehlen und die kargen Böden keine intensive Landwirtschaft zulassen, hat sich die Region mit Unterstützung der Länder und der EU erfolgreich auf **naturnahen Tourismus** orientiert und organisiert unter Mitwirkung der Bürgerinitiativen in der „Länderübergreifenden Projektgruppe Wirtschafts- und Tourismusentwicklung Nordbrandenburg-Südmecklenburg“ die Zusammenarbeit der Kommunen und Tourismusbetriebe über die Ländergrenzen hinaus.
- Belastbare Fakten der Industrie- und Handelskammern, der Statistischen Landesämter und der Ämter für Wirtschaftsförderung weisen fast **9 000 direkt und weitere 6 000 indirekt in Tourismus sowie in Kur- und Reha-Einrichtungen beschäftigte Arbeitskräfte** im Umfeld des geplanten Bombenabwurfplatzes aus. Die Aufnahme des Übungsbetriebes würde diese Arbeitsplätze unmittelbar gefährden sowie getätigte Investitionen und Fördermittel in Höhe von mehreren Milliarden Euro entwerten. Eine aktuelle Studie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung über die Beschäftigungspotenziale des Tourismus in den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer kommt sogar zu noch größeren Zahlen und schätzt die Auswirkungen des Tiefflugbetriebes als katastrophal ein.
- **Großprojekte** wie der einzige Robinsonklub auf deutschem Boden und das Schosshotel in Fleesensee, das Hafendorf in Rheinsberg, die Marina Wolfsbruch, das Schosshotel Klink an der Müritz oder die Klinik Amsee **sowie hunderte von kleineren Betrieben wären unmittelbar in Gefahr**. Nach Berechnungen der Raiffeisenbank würde der Wert der Immobilien und Grundstücke um durchschnittlich 20 % sinken; Kreditaufnahmen für den weiteren Ausbau der Erholungsindustrie sind damit erheblich erschwert und die erfreuliche Entwicklung mit derzeitig 5 Millionen Touristen im Jahr würde jäh gestoppt. Angesichts einer bereits bestehenden Arbeitslosigkeit von 20 % würde die Inbetriebnahme des Bombenabwurfplatzes zur weiteren Abwanderung junger Einwohner und zur Verödung ganzer Landstriche führen.
- Auch die **ökologischen Landwirtschaftsbetriebe befürchten die Auswirkungen** des Übungsbetriebes: Große Abnehmer, wie der Babynahrungshersteller Alete z. B., drohen mit der Kündigung ihrer Verträge, wenn die Agrarflächen mit Treibstoffrückständen belastet werden.

- Wir erinnern daran, dass die geplante militärische Nutzung mit den Auflagen für die von der Bundesrepublik **gegenüber der EU ausgewiesenen Naturschutz- und FFH-Gebiete** im Konflikt stehen. Es ist zu befürchten, dass der Übungsbetrieb durch Lärm und Abgase Flora und Fauna, insbesondere in den bekannten Brut- und Zuggebieten für Adler, Kraniche und Wildgänse, erheblich schädigt und damit eine der wichtigen Attraktionen des Urlaubsgebietes zerstört. Speziell im Frühjahr und im Herbst besteht außerdem eine erhebliche Kollisionsgefahr mit tieffliegenden Flugzeugen bei schwerwiegender Gefährdung für Besatzung und Anwohner. Die EU hat von der deutschen Regierung zu der drohenden Entwertung von EU-Geldern, die in den Tourismus geflossen sind, bereits eine Stellungnahme gefordert.
- Leider ist auch die von der Bundeswehr immer wieder beteuerte **Verträglichkeit von Tiefflügen und Tourismus** eine reine Zweckbehauptung: Die objektive Untersuchung unabhängiger wissenschaftlicher Institute in Naturparks der USA zur Störung von Besuchern durch militärischen Flugbetrieb hat gezeigt, dass Überflüge bereits bei Schallpegeln von 50 dB(A) zu erheblicher Belästigung und Verärgerung der Besucher führen. Diese Besucher kommen dann nicht wieder in die Region. In Ortschaften nahe den Bombodromgrenzen sind lärmphysikalischen und lärmmedizinischen Gutachten zufolge während des Übungsbetriebes sogar gesundheitsgefährdende Schallpegel zu erwarten, die zu einem erheblichen Rückgang der Besucherzahlen führen würden.
- Weiterhin behauptet die Bundeswehr immer wieder, die Kyritz-Ruppiner Heide sei schon auf Grund ihrer Größe besser als die bestehenden Bombenabwurfplätze in Nordhorn und Siegenburg für den Übungsbetrieb geeignet, weil deshalb die Anwohner bedeutend weniger durch Lärm belastet seien. Zwar ist die Bevölkerungsdichte tatsächlich niedriger, aber der **Abstand der benachbarten Gemeinden zum Zielgebiet ist sogar kleiner als in Nordhorn**, die Lärmbelastung also höher. Eine Delegation von PRO HEIDE hat sich direkt in Nordhorn und Siegenburg bei den Bürgermeistern über den dortigen Sachstand informiert. Wir nehmen die Klagen aus Nordhorn und Siegenburg über die Lärmbelastungen sehr ernst, denn wir können ebenfalls auf jahrzehntelange Erfahrungen mit dem Bombodrom der Roten Armee aus der Zeit des Kalten Krieges verweisen. Um so mehr fordern wir Auskunft über die gewachsenen Bedrohungen, die die Fortsetzung und sogar Ausweitung der Bombenübungsflüge in Deutschland angeblich notwendig machen.
- Die von Pro Bundeswehr erhoffte **Garnison für Wittstock** kann die durch den geplanten Bombenabwurfplatz ausgehenden Belastungen und Schäden für die anderen Städte und Gemeinden nicht annähernd kompensieren. Wir haben nichts gegen eine solche Garnison, lehnen aber ein Junktim mit der Einrichtung eines Bombenabwurfplatzes strikt ab.
- Die Bundeswehr hat bisher außer der permanent wiederholten Botschaft „Wir brauchen den Bombenabwurfplatz, und wir nehmen ihn uns“ **keinerlei Argumente** vorgebracht, **die die gewaltigen Belastungen und Beeinträchtigungen der Lebensbedingungen unserer Region politisch rechtfertigen** würden: Wir haben an unseren Landesgrenzen – nicht zuletzt durch die friedliche Revolution der Ostdeutschen im Jahr 1989 – keine Feinde mehr, die bombardiert werden müssten, und Terroristen kann man ja wohl nicht mit Bombenabwürfen jagen.
- Die Auswirkungen des geplanten Bombenabwurfplatzes auf die **Bevölkerungsentwicklung in der Region** muß ebenfalls als besorgniserregend bezeichnet werden: Die zunehmende Abwanderung vor allem junger Frauen und Männer wegen der schlechten Arbeitsmarktlage

und der zunehmenden Umweltbelastung wird Rückwirkungen auf die Ansiedelung und Entwicklung von Unternehmen haben. Die Unternehmen und lokalen Behörden versuchen diesen Trend aufzuhalten, befürchten aber schwere Rückschläge durch die Auswirkungen des Bombenabwurfplatzes. Die **Entvölkerung und Verödung ganzer Landstriche** mitten in Deutschland könnte die Folge sein.

- Die **aktuelle Rechtslage** der anhängigen Klagen von Kommunen und Privatpersonen gegen die Verwaltungsentscheidung des Verteidigungsministeriums vom 09. 07. 2003 erscheint eindeutig: Das Verwaltungsgericht Potsdam hat am 31. Juli 2007 drei Klägern in der Hauptsache Recht gegeben und die Verwaltungsentscheidung des Verteidigungsministers zur Inbetriebnahme des Platzes aufgehoben. Die Urteile werden damit begründet, dass das Konzept der Bundeswehr nur ungenau beschrieben und nicht mehr zeitgemäß sei, dass die Berechnung der Lärmbelastung des Verteidigungsministeriums fehlerhaft ist und dass die Lärmschutzinteressen Betroffener bei der Verwaltungsentscheidung des Verteidigungsministeriums nicht einmal generalisierend abgewogen worden sind.
- Wie gewohnt, hat die Bundeswehr Revision des Urteils beantragt und damit für die Fortsetzung des Rechtsstreites auf unabsehbare Zeit gesorgt. Inzwischen haben aber der Petitionsausschuß des Bundestages sowie die Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg eine Beendigung der Auseinandersetzung um den Bombenabwurfplatz im Interesse klarer wirtschaftlicher und ökologischer Perspektiven für die betroffenen Regionen gefordert. Im November 2007 hat der Bundesrechnungshof die Verschwendung von Steuermitteln für den geplanten Bombenabwurfplatz angesichts sinkenden Übungsbedarfes beanstandet. Auch der Hamburger Bundesparteitag der SPD hat sich gegen die Inbetriebnahme des Platzes ausgesprochen.
- Angesichts der bedrohlichen Absichten der Bundeswehr ist die Unterstützung, welche die Bürgerinitiativen bei ihren Demonstrationen und Kundgebungen über die Jahre hinweg erfahren, nur folgerichtig. Die Einwohner fühlen sich durch das Bombodrom in ihrer Gesundheit bedroht, in ihrem Erwerbsleben behindert, in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt und in ihrem Eigentum geschädigt. Ihre Empörung ist nicht zuletzt aus der Erfahrung gewachsen, dass ihnen bei allen Entscheidungsprozessen zum zukünftigen Schicksal der Kyritz-Ruppiner Heide, insbesondere bei der vom Bundesverwaltungsgericht verfügten Anhörung, jede Form der Mitsprache oder Meinungsäußerung verweigert wurde. So hat sich in der Bevölkerung eine **breite Zustimmung zu den Protestaktionen entwickelt, die durch alle Parteien, alle Bevölkerungsschichten und alle Altersklassen geht**. Die Unterstützung durch die Landesparlamente, kommunalen Vertretungen und Lokalpolitiker ist beeindruckend; erinnert sei nur an den Offenen Brief von 260 Bürgermeistern und Landräten an die Bundesregierung im Frühjahr 2005. Nicht zuletzt durch die Arbeit der Bürgerinitiativen hat sich bei unseren Mitbürgern die Überzeugung gehalten, dass die über viele Jahre immer wieder friedlich von einer Mehrheit von 80 % der Bevölkerung vorgetragenen Willensbekundungen, bei denen übrigens niemals Ausschreitungen oder Gewaltanwendungen vorgekommen sind, in unserem demokratischen Staatswesen nicht auf Dauer ignoriert werden können.

ProHeide

Unternehmervereinigung für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung e.V.

Neuruppin, Februar 2008